



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Seniorenbeirates (S/005/2020)

am Montag, 15. Juni 2020,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal, 2. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 13:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
 Klaus Rentsch

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Tanja Schewe
 Dr. Rainer Kempe
 Dr. Peter Müller
 Heiko Müller abwesend: 12:15 Uhr - 13:25 Uhr
 Siegfried Müßig
 Wolfgang Krusch
 Eberhard Mittag

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
 Jürgen Eckoldt
 Monika Fiedler
 Dr. Sieglinde Hauffe
 Gertraud Kasten
 Klaus Kummer abwesend: 13:00 Uhr - 13:25 Uhr
 Gabriele Lohse
 Waldemar Peine abwesend: 13:20 Uhr - 13:25 Uhr
 Dr.-Ing. Stefan Ritter
 Dr. med. Rotraut Sawatzki
 Elfi Wagner

Abwesend:

Verwaltung:

Frau Dr. Kaufmann	Beigeordnete GB 5
Herr Schmidt-Lamontain	Beigeordneter GB 6
Frau Lohse	Sozialamt
Herr Schäfer	Sozialamt
Frau Augst	GB 5
Herr Barth	Stadtbezirksleiter Loschwitz/Blasewitz
Frau Scharf	Senioren- und Behindertenbeauftragte

Gäste:

Frau Klinger	DPBV e.V.
Frau Kretschmar	DPBV e.V.

Frau Klemm
Frau Gerlach
Herr Dudeck

BBZ BÜLOWH
DRK BBZ Johann
Runder Tisch der Senioren

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher

Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1 Berichte aus den Geschäftsbereichen/sonstige Berichte/Themen
- 2 Kontrolle der Festlegungen
- 3 Vorlagen/Anträge
- 3.1 Förderung von Angeboten nach Fachförderrichtlinie Sozialamt vom 19. Oktober 2009 in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 - Konkretisierung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 unter Berücksichtigung aller dem Sozialamt vorliegenden Anträge **V0228/20
zur Information**
- 3.2 Ullersdorfer Platz - Aufenthaltsqualität verbessern, Barrierefreiheit herstellen **A0025/19
beratend**
- 4 Stand - Erarbeitung Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe
- 5 Stand Fußwegekonzept der Landeshauptstadt Dresden
- 6 Gerontopsychiatrische Versorgung in der Landeshauptstadt Dresden
- 7 Einsamkeit im Alter - Herausforderung für die Kommune
- 8 Informationen/Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Herr Rentsch begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er fragt, ob es Hinweise zur Tagesordnung gebe.

„Der Leitfaden für Beiräte“ ist den Mitgliedern elektronisch zugegangen und **Herr Dr. Müller** fragt nach dem Hintergrund. Er denkt, es war eines der Motive, die Stelle der Seniorenbeauftragten einzurichten. Des Weiteren hat er den „Aufruf des Runden Tisches zur Corona-Krise“ verschickt und er möchte gern im Zusammenhang mit dem Bericht der Sozialbürgermeisterin darüber informieren.

Herr Rentsch informiert, dass das Thema „Leitfaden für Beiräte“ unter dem TOP „Sonstiges“ besprochen wird und dass TOP 6 auf Grund entfällt. Er hat Frau Dr. Darmstadt vorgeschlagen, den TOP auf die Sitzung am 30. Juni 2020 zu setzen. Weiterhin empfiehlt er, den TOP 5 als TOP 3 zu behandeln.

Er bittet um Abstimmung der so vorgeschlagenen Tagesordnung.

Die Mitglieder stimmen mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung zu.

Er begrüßt Herrn Dr. Kempe als neues Seniorenbeiratsmitglied und bittet ihn, sich kurz vorzustellen.

Herr Dr. Kempe stellt sich vor.

1 Berichte aus den Geschäftsbereichen/sonstige Berichte/Themen

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann möchte zum Thema „Corona“ berichten.

Herr Rentsch weist darauf hin, dass dieses Thema auf der Tagesordnung der Sitzung am 30. Juni 2020 steht.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann sei an diesem Tag nur kurz im Beirat anwesend, weil sie anderen Terminen nachgehen müsse.

Es geht um grundsätzliche Dinge, und **Herr Dr. Müller** erwartet, dass die Interessen und Bedürfnisse der Senioren angehört werden. Die Intension sei, dass die Verwaltung und die Betroffenen gemeinsam abstimmen, wie es weitergehen soll.

Das Thema wird in der Sitzung am 30. Juni 2020 behandelt, sind sich alle einig.

2 Kontrolle der Festlegungen

Keine.

3 Vorlagen/Anträge

3.1 Förderung von Angeboten nach Fachförderrichtlinie Sozialamt vom 19. Oktober 2009 in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 - Konkretisierung für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 unter Berücksichtigung aller dem Sozialamt vorliegenden Anträge V0228/20 zur Information

Die Vorlage wird von **Herrn Schäfer** eingebracht.

Frau Dr. Sawatzki geht auf den Punkt 3 der Vorlage ein, wo es um eine Schaffung von Stellen zur Quartiersassistenten als Projekt im Quartier geht. Sie fragt, ob das Personal dafür akquiriert werden könne.

Die Quartiersassistenten bestehe aus zwei Teilen, erläutert **Herr Schäfer**. Zum einen gebe es bereits Quartiersassistenten und zweitens dürfe nicht vergessen werden, dass die ursprüngliche Förderung, die Basis, erst einmal das Förderverfahren seitens des Jobcenters sei. Im Hinblick auf die Haushaltsentwicklung 2021/2022 könne die Situation jedoch momentan noch nicht eingeschätzt werden. Es müsse genau überlegt werden, was an der Stelle neu geschaffen werden oder was in der bestehenden Struktur qualifiziert bzw. quantifiziert werden könne.

Herr Dr. Müller fragt, wo bei den Trägern die Qualifikation für Gemeinwesenarbeit sei, um überhaupt Personen als Quartiersassistenten einzusetzen. Er erwartet von der Stadt ein Gesamtkonzept zum Einsatz von Quartiersassistenten. Der fachliche Zusammenhang sei nicht ganz deutlich. Des Weiteren interessiere ihn, ob der jährliche Bericht zum Einsatz der Quartiersassistenten für das Jahr 2019 schon erhältlich sei.

Herr Schäfer ist froh, dass sich das Thema der Gemeinwesenarbeit, strukturell noch besser einbinden, in den letzten Jahren qualifiziert hätte. Im Zusammenhang mit dem Fachplan würde dieses Thema noch einmal explizit aufgemacht. Auf die Möglichkeiten des Jobcenters und des SGB II zurückzugreifen, sei an der Stelle durchaus erst einmal eine Variante und er halte dies für einen richtigen Ansatz. Nicht jede Person sei selbstverständlich für diese Tätigkeit geeignet, das müsse mit demjenigen und dem antragstellenden Träger besprochen und abgestimmt werden. Weiterhin teilt er mit, dass die Berichterstattung für das Jahr 2019 noch nicht vorliegt. Die klare Zielsetzung sei, dass alle Plätze, die bis dato auch geschaffen wurden, weitergeführt werden und dass das Gesamtsystem qualifiziert werde. In der weiteren Diskussion zum Haushalt müsse abgeglichen werden, wieviel Erweiterung an welcher Stelle möglich sei.

Die Idee findet **Frau Dr. Hauffe** großartig und sie verspreche sich davon sehr viel. Sie hinterfragt, ob es Stellenbeschreibungen gebe. Weiterhin interessiere sie, ob es Überlegungen gibt, wie bereits Vorhandenes (wie z. B. Begegnungsstätten) zu nutzen sei, damit das Ganze gut zum Laufen kommt.

Herr Schäfer würde gern den Punkt zurückstellen wollen und im Zusammenhang mit den Überlegungen zum Fachplan einbringen. Vorab sagt er aus, dass es in dem Förderverfahren beim Jobcenter eine klare Aufgabenbeschreibung gebe.

Es müssen Grundanforderungen sein, die in einer Stellenbeschreibung enthalten seien, meint **Frau Dr. Hauffe**.

Es sei eine Zusammenführung von drei verschiedenen Aspekten, die gut in Übereinstimmung gebracht und ausgehandelt werden müssen, erläutert **Herr Schäfer** (Langzeitarbeitslose, Idee Quartiersmanagement, Seniorenbegegnung).

Frau Lohse ergänzt, dass die Stadt ein Konzept erarbeiten müsste, in dem die Langzeitarbeitslosen, unabhängig von den Trägern, einheitlich qualifiziert werden könnten.

Das Jobcenter sei an der Stelle für die Umsetzung des SGB II zuständig, erläutert **Herr Schäfer**, d. h. das Jobcenter schreibt jährlich einen Geschäftsplan, in dem genau beschrieben sei, mit welchen Arbeitsmarktintegrationsinstrumenten in welcher Art und in welchem Umfang auf die jeweils aktuelle Situation in Dresden reagiert werden soll. Das Jobcenter entscheidet nicht allein, sondern auch das Beteiligungsgremium, Beirat des Jobcenters, und die Beauftragten, wie die Agentur für Arbeit. Danach würde die Trägerversammlung des Jobcenters diesen Geschäftsplan beschließen. Das Thema „Langzeitbezug“ sei eines der Dauerthemen, was immer unmittelbar im Fokus stehe und was auch nur im Kontext und in Zusammenarbeit betreffs gemeinsame Einrichtungen mit der Landeshauptstadt Dresden funktioniert.

Herr Dr. Müller hätte so verstanden, dass Träger die Mittel erhöht bekommen, wenn sie Quartiersassistenten einsetzen. Es müsste geprüft werden, wie die Mittel von den Trägern eingesetzt werden, wie z. B. für eine Qualifizierungsmaßnahme. Ihm gehe es darum, welche Auflagen an die Träger geknüpft sind.

Herr Schäfer erläutert, dass es tatsächlich zwei Seiten seien. Der Hauptadressat der Umsetzung des § 16 i sei in der Auftragslage das Jobcenter. Die Kosten (z. B. Qualifizierung) zahlt das Jobcenter, also der Bundeshaushalt. Die Stadt müsste praktisch mit der Umsetzung des Paragraphen nichts machen. Die Stadt Dresden sei hier einen anderen Weg gegangen, daraus resultiert der Grundgedanke der Quartiersassistenten. Deshalb seien mehr Mittel eingebracht worden.

Die Mittel werden für die Träger erhöht, so **Herr Dr. Müller** und er fragt, was an eine Erhöhung geknüpft wird.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt klar, das Förderinstrument 16 i Teilhabechancennehmer gebe Langzeitarbeitslosen die Chance, wieder auf den ersten Arbeitsmarkt mit diesem einmaligen Instrument zu starten. Das sei nicht einfach. Der zweite Schritt sei, Träger zu finden, die an diese Person glauben und diese begleiten und befähigen, wieder tätig zu werden für sich und die Gesellschaft und damit eben Quartiersassistenten zu werden. Weil es schwierig sei, Personen zu finden, würden Träger belohnt bzw. begünstigt. Im vergangenen Jahr hätte man, anders als erhofft, kaum Personen und auch kaum Träger finden können, die es sich zugetraut hätten, Quartiersassistenten zu entwickeln, deswegen diese Förderung.

Es gibt keine weiteren Fragen und **Herr Rentsch** bedankt sich und beendet den Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

3.2 Ullersdorfer Platz - Aufenthaltsqualität verbessern, Barrierefreiheit herstellen

**A0025/19
beratend**

Herr Rentsch bittet Herrn Barth, den Antrag einzubringen.

Herr Barth weist darauf hin, dass der Einreicher des Antrages die SPD-Fraktion sei und er nur als Gast anwesend ist. In der Sitzung des Stadtbezirksbeirates Loschwitz sei der Antrag aber bereits vorgestellt worden, deshalb könne er kurz etwas dazu sagen.

Da von der SPD-Fraktion kein Vertreter anwesend ist, bittet **Herr Rentsch** Herrn Barth um kurze Erläuterung.

Der Ullersdorfer Platz sei ein großes Thema und beschäftigt bereits sehr lange, so **Herr Barth**. Dort treffen sehr viele, unterschiedliche Interessen aufeinander. Mit dem Thema Ullersdorfer Platz hätten viele Fraktionen Wahlkampf gemacht. Die Intension der SPD-Fraktion und vieler anderer Fraktionen sei, zu signalisieren, dass das Thema immer noch sehr wichtig ist und hier weitergearbeitet werden müsse.

Herr Rentsch kenne das Thema aus der Zeit, als er noch als Stadtrat tätig war. Er erläutert nochmals die Punkte und meint, dass der Beirat all das mittragen könne und bittet um Fragen.

Die Situation am Ullersdorfer Platz sei **Frau Fiedler** bekannt sowie die Diskussion über viele Jahre. Den jetzigen Zustand findet sie teilweise gefährlich. Es sei abzusehen, dass in den nächsten fünf Jahren nichts passieren wird, weil die Planung noch nicht soweit sei. Für diese Übergangszeit müssten dort noch Dinge passieren, wie z. B. den Ausstieg aus der Straßenbahn am Ullersdorfer Platz behindertengerecht gestalten und sie erläutere ausführlich. Ein Verein in Bühlau hätte sich an Frau Stadträtin Sturm von der SPD-Fraktion gewandt. Die erste Initiative in Richtung Stadtverwaltung sei, dass genauere Überlegungen gemacht und dabei die Bürgerinnen/Bürger mit eingebunden werden.

Das Datum, 30. Juni 2020, im Antrag sei nicht mehr haltbar, ergänzt **Herr Rentsch**. Auch der Bauausschuss wird darauf hinweisen und der Stadtrat dieses Datum ändern, dass zeitnah Maßnahmen ergriffen und finanziell untersetzt werden können, um eine Verbesserung zu erreichen.

Frau Dr. Hauffe ergänzt, dass das Ein- und Aussteigen an solchen Stellen für Menschen mit Rollatoren sowie Kinderwagen sehr erschwert sei. Es sei auch nicht die einzige Stelle in der Stadt, wie z. B. auch die Endhaltestelle der Linie 8. Sie fragt, ob man die DVB AG bitten könnte aufzulisten, wie viele solcher Stellen es in der Stadt gibt. Auch könnte die DVB AG berichten, wie dort Änderungen geplant seien.

Da der Ullersdorfer Platz in den nächsten Jahren gesamtheitlich eine neue Konzeption erfahren müsse, steht natürlich die Frage, verbessernde Maßnahmen sofort zu schaffen, bringt **Herr Dr. Kempe** zum Ausdruck. Er unterstützt den Antrag, weil es hier um Fragen der Sicherheit und um die Menschengruppen geht, die es besonders bedürfen. Man sollte sich jedoch bewusst sein, dass es quasi um eine „Reparatur“ des derzeitigen Zustandes geht und für das Vorhaben doppelt Mittel ausgegeben werden müssen.

Herr Mittag sagt aus, dass am 19. Juni 2020 der Oberbürgermeister das Mobilitätskonzept der Stadt Dresden vorstellen würde. Der Ullersdorfer Platz hätte auch für den Fernsehturm und dessen Erschließung essentielle Bedeutung. Das Konzept sollte bis zum 30. Juni 2020 fertig sein, da müssten selbstverständlich auch die Bürgerinnen/Bürger einbezogen werden, das sei seitens der Stadtbezirksbeiräte und der Stadt selbst bisher vernachlässigt worden.

In den Stadtbezirksbeiräten Blasewitz und Loschwitz würde einmal jährlich die DVB AG eingeladen werden, so **Herr Barth**, wo regelmäßig die weiteren Planungen vorgestellt werden. Zum Ullersdorfer Platz gebe es auch von der DVB AG Ideen. Vom Stadtbezirksbeirat Loschwitz sei ein Ergänzungsantrag gestellt worden, dass die Stadt die DVB AG mit in die Planungen einbeziehen solle.

Herr Peine macht deutlich, dass die Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Loschwitz mit der Ergänzung des Punktes a), d. h. was im Moment machbar sei, unterstützt werden müsse.

Herr Dr. Ritter bemerkt, dass man die Erschließung des Fernsehturmes mit einbeziehen sollte. Der Ullersdorfer Platz spiele aus seiner Sicht eine Zubringerrolle.

Herr Rentsch schlägt vor, über die Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Loschwitz abzustimmen, diese sei konkreter als der ursprüngliche Antrag der SPD-Fraktion.

Ergänzungen macht **Frau Fiedler** zu den öffentlichen Toiletten.

Um Abstimmung des Vorschlages von **Herrn Dr. Ritter** bittet Herr Rentsch.

Die Mitglieder stimmen mit 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung zu.

Dem so geänderten Antrag (Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Loschwitz und Vorschlag von Herrn Dr. Ritter) stimmen die Mitglieder zu.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

dem Stadtrat bis zum 30. Juni 2020 eine **Lösung Planung** inklusive Kostenschätzung vorzulegen, um

- a) am Ullersdorfer Platz, **unter Einbezug von aktuellen Planungen der Dresdner Verkehrsbetriebe, insbesondere im Ein- und Ausstiegsbereich der Haltestellen und auf den Fußwegen, schnellstmöglich Barrierefreiheit herzustellen. Dabei ist auch**

die Zuwegbarkeit zum Fernsehturm mit zu berücksichtigen; im Bereich der Fußwege und ÖPNV Haltestellen schnellstmöglich Barrierefreiheit herzustellen;

- b) einen Aufenthaltsplatz für Schülerinnen und Schüler zu schaffen;
- c) eine öffentliche Toilette zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0

Der Tagesordnungspunkt wird beendet.

Es wird um eine Pause von 10 Minuten gebeten.

10 Minuten Pause.

4 Stand - Erarbeitung Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe

Herr Schäfer möchte einbringen, dass das die strukturellen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Seniorenarbeit und der Altenhilfe seien und nicht der Fachplan. Die Grundlage für das, was dann in der eigentlichen Fachplanung abgebildet werden soll, stellt er anhand einer Präsentation vor. Die Überlegungen des Seniorenbeirates sollen an dieser Stelle mitgenommen und berücksichtigt werden.

Herr Dr. Müller fragt, ob Begegnung nicht nur räumlich auf Begegnungsstätten, sondern auch auf Begegnung im unmittelbaren Umfeld bezogen sei. Weiterhin hinterfragt er, inwieweit Freiwilligenkonzepte eine Rolle bei Beratung spielen, Ehrenamtliche einbezogen werden wie bei der Teilhabe Älterer die Einbindung von Senioren sei.

Es ist die Grundlage für die Planung, so **Herr Schäfer**. Die Leistungsstrukturmerkmale würden nochmals differenzierter ausgestaltet und verdeutlicht werden. Vom Grundsatz her geht er davon aus, dass die Begegnungsstätten natürlich erst einmal der strukturelle Ausgangspunkt sei und eine Magnetfunktion haben soll. Für die Seniorenbegegnung würde natürlich die Verankerung der Gemeinwesenarbeit fokussiert. Zur Seniorenberatung sagt er aus, dass es natürlich Aufgabe sei, darauf zu achten, welche Ressourcen die Person mitbringt. Jegliche Maßnahmenplanung setzt in diesen Bereichen das Mitwirken der Person, um die es geht, voraus. Des Weiteren erläutert er, dass der Beteiligungsprozess bewusst getrennt worden sei. Die praktisch operative fachliche Ebene zwischen Sozialpädagogen des Sozialamtes und der freien Träger entwickelt die Prozessgestaltung und der Seniorenbeirat/Politik die Darstellung der Leistungs- und Strukturmerkmale in diesem Bereich. Es wäre ein guter Plan, das Thema in den Gremien vor Ort in die Diskussion mit einzubringen. Abschließend teilt er mit, dass die hier vorgetragenen Gedanken in den weiteren Prozess mit aufgenommen werden.

Frau Wagner sagt aus, dass der Fachplan für Senioren und Altenhilfe längst fällig sei. Sie hätte verstanden, dass vor allen Dingen die Bestandteile Begegnung und Beratung im Vordergrund

stehen und ob es heißt, dass die anderen Bestandteile im Fachplan beschrieben worden seien. Sie vermisse die Schnittstellen, wie z. B. zum Gesundheitsamt. Zur Aussage, dass die Steuerung dieser individuellen Hilfe durch die offene Altenhilfe erfolgt, hinterfragt sie, was es in der Umsetzung für die Bürger bedeute.

Der Fachplan für den Bereich Seniorenarbeit und offene Altenhilfe werde sehr deutlich machen, dass dieser Plan nicht alleine steht, antwortet **Herr Schäfer**. Der Plan könne nicht alle Planungsbereiche mit berücksichtigen. Die Schnittstelle zum Thema Gesundheit sei eine Aufgabe von Seniorenberatung und Seniorenbegegnung. Das Thema Wohnen jedoch würde ganz anderen Planungsgrundsätzen unterliegen. Es gehe darum, dass ein klarer Schwerpunkt auf diese beiden Bereiche und die gesamtheitliche Funktion gesetzt wird. Zur Steuerung des Einzelfalls in der Seniorenberatung sagt er aus, dass der Prozess an dieser Stelle optimiert werden soll. Es soll kein System aufgebaut werden, welches noch mehr bürokratische Hürden mit sich bringt, sondern es müsse an der Stelle ein effizientes und effektives System geben. Der Prozess ist auf die drei Perspektiven

- Sozialamt mit der Steuerungsverantwortung,
- der Träger, der mit unterstützt und
- der Mensch, um den es eigentlich geht

zu denken und auszugestalten.

Frau Wagner fragt nach, wie dieser Personalschlüssel festgelegt worden sei.

Frau Lohse, Sozialamt, antwortet, dass der Personalschlüssel die Zeit festgelegt hätte. Man hätte geschaut, wie viele Vollzeitäquivalenten (VZÄ) im System Begegnung und Beratung arbeiten und dann wie viele Einwohnende von diesem Personalschlüssel betreut werden. Es sei die Absicht, diesen Personalschlüssel weiter anzuwenden.

Herr Peine bittet, das Bild des älteren Menschen bei der Erarbeitung des Fachplanes klarer zu fassen und zu beachten und erläutert ausführlich. Für den gesunden älteren Menschen sollten die Formen der Unterstützung gestärkt werden, die auf kulturelle und sportliche Begegnungen treffen.

Es würde sehr wohl darauf geachtet und müsse gut miteinander verbunden und eingebunden werden, erörtert **Herr Schäfer**. Auf die Bedürfnisse von älteren und alten Menschen eingehend, sagt er aus, dass man eine klare Anforderung an die Träger vor Ort über die Leistungs- und Strukturmerkmale hätte.

Herr Mittag vermisst insgesamt, dass sich viele Ältere nicht in einer hochentwickelten digitalen Welt befinden, sondern auch in einer analogen. Er fragt, wie man diesen Personen gerecht werden wolle.

Die Anforderungen an eine Digitalisierung unserer Gesellschaft sei eine grundsätzliche Herausforderung, antwortet **Herr Schäfer**. Es wird einen Teil von Menschen geben, wo man in solche Prozesse wie „Lebenslanges Lernen“ auch die Herausforderung und den Umgang mit digitalen Medien durchaus nochmal in den Blick nehmen könne. Unabhängig davon wird es immer eine Gruppe von Menschen geben, die diese digitalen Möglichkeiten nicht nutzen können, deshalb müssen beide Möglichkeiten (digital und analog) im Blick behalten werden.

Ganz entscheidend fehle **Herrn Dr. Ritter** die Weiterbildung/Seniorenbildung. Digitalisierung sei ein sehr wichtiges Thema. Den Vortrag von Herrn Schäfer fand er sehr theoretisch belastet. Er schlägt vor, in einem Seniorenbeirat zu berichten, wie sich dieser Plan bewährt hätte, welche Ergebnisse vorliegen und was passiert sei.

Wiederholen möchte **Herr Schäfer**, dass das hier Vorgestellte nicht der Fachplan sei. Im Rahmen des weiteren Beteiligungsverfahrens würde dem Seniorenbeirat der Fachplan in der eigentlichen Fassung mit allen Details nochmals vorgestellt werden. Er hätte nur den Sachstand und die Grundlage vorgestellt, wie in diesen Plan eingestiegen wird und was die strategische Grundrichtung an der Stelle sei.

Herrn Dr. Ritter interessiere, wie die Zeitschiene ist.

Der Plan sei 1. Januar 2021, entgegnet **Herr Schäfer**. Der Fachplan soll eine Laufzeit von fünf Jahren haben und nach zweieinhalb Jahren evaluiert werden.

Frau Kasten meint, der Fachplan käme viel besser an, wenn ältere Menschen angesprochen werden würden, was sie dazu beitragen können.

Die Angebotsmöglichkeit soll formuliert werden, auf die man zurückgreifen könne, teilt **Herr Schäfer** mit. Das soll durchaus auch eine Angebotsstruktur sein, wo man sich selbst mit seinen Überlegungen/Interessen/Bedarfen einbringen könne.

Frau Kasten wiederholt Ihre Aussage, dass ihr fehlt, dass die älteren Menschen angesprochen werden.

Herr Schäfer macht nochmals deutlich, dass man im Denken beieinander sei und bittet auch, den Plan so zu verstehen. Dazu werde man auch im Fachplan nochmals Aussagen treffen.

Beim Wirkungscontrolling denkt **Frau Lohse** an die Fachplanungsgremien in den Stadtbezirken und hält das für sehr wichtig.

Auch hier gebe es keine gegenteilige Meinung und gerade diese Vernetzungsnotwendigkeit und Abstimmungsarbeit vor Ort im Sozialraum sei einer der unmittelbaren Bestandteile der strategischen Überlegungen, sagt **Herr Schäfer**. Der Fachplan fasse dies nur als Rahmen zusammen, aber die eigentliche praktische Arbeit passiere letztendlich dort, wo die Menschen leben und in der praktischen Arbeit vor Ort.

Herr Eckoldt erinnert an den Seniorenkalender, den es in der Stadt Dresden monatlich im Amtsblatt gebe mit Angeboten für Wanderungen, Geselligkeiten und Weiterbildungen.

Auch an die Broschüre „Herbstzeit“ mit den vielfältigen Angeboten möchte **Herr Rentsch** erinnern.

Herr Dr. Ritter fügt hinzu, in Dresden gebe es 600 Vereine.

Herr Dr. Müller fragt, was dazu führe, dass jetzt Begegnung und Beratung so zentriert werden. Der bisherige Altenhilfeplan für Dresden sei gar nicht so schlecht gewesen. Wenn also jetzt Din-

ge verändert werden würden, sollte auch begründet werden warum. Er erinnert daran, dass es in den letzten 11 Jahren genügend viele Beteiligungsverfahren gegeben hätte und so vieles mobilisiert wurde. Er hofft, dass dies in dem Plan abgebildet wird.

Es könne davon ausgegangen werden, dass der Plan in der Vergangenheit anfängt und dann die Zukunft in den Blick nehmen wird, entgegnet **Herr Schäfer**. Es gehe darum, dass, was die Stadt Dresden hat, weiterzuentwickeln und weiter zu qualifizieren.

An **Frau Dr. Sawatzki** seien bereits Bedenken einer Seniorenbegegnungsstätte formuliert worden, wie die festen Strukturen seien, welche Änderungen und welche Schwierigkeiten mit der jetzt sehr offenen und selbstbestimmten Führung einer Begegnungsstätte einhergehen würden. Sie fragt, ob man bereit sei, von einer Leiterin einer Seniorenbegegnungsstätte, die anwesend ist, die Anfragen, die bei ihnen angekommen sind, anzuhören.

Herr Schäfer erläutert den Begriff Steuerung. In erster Linie gehe es darum, zu erkennen, dass das was vor Ort ist, bedarfs- und bedürfnisorientiert sei. Dort müsse an der einen oder anderen Stelle mehr Transparenz eingebracht werden. Das Wort „Reglementierung“ sei in keinsten Weise in den Mund genommen worden. Einerseits sollte eine gewisse Entschlackung von Vorgaben gemacht werden, aber auf der anderen Seite natürlich seien die Träger viel mehr in der Verpflichtung, den Nachweis zu bringen, warum gerade das gemacht wird. Momentan könne er nicht sagen, was bereits vor Ort angekommen sei. Seit Januar 2020 gebe es einen Dialog mit der Geschäftsführungsebene für die Seniorenberatung/Seniorenbegegnung, wo das Gleiche wie hier im Seniorenbeirat vorgestellt sowie mit den Geschäftsführern beraten worden sei. Das eigentliche Beteiligungsinstrument sei der eigentliche Fachplan und empfiehlt, das als Grundlage zu nehmen. Er schlägt vor, sich bei Rückfragen bzw. Anliegen direkt an Frau Lohse vom Sozialamt zu wenden.

Herr Rentsch schlägt vor, das Thema nochmals in der Sitzung am 9. November 2020 zu behandeln.

Ergänzen möchte **Frau Scharf**, dass auch sie Interesse an den Rückmeldungen hätte.

Frau Stadträtin Schewe bittet darum, die hier vorgestellte Präsentation den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Schäfer sagt dies zu.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Rentsch** beendet den Tagesordnungspunkt.

5 Stand Fußwegekonzept der Landeshauptstadt Dresden

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain erörtert das Thema anhand einer Präsentation.

Herr Kummer sei froh, dass es diesen Stand gebe und auch auf die Aussicht einer Beschlusslage. Der Seniorenbeirat sei einer der Initiatoren und er hoffe, dass man jetzt auf dem guten Weg sei. Jedoch wisse er nicht, wie der Nachfolger von Herrn Bürgermeister Schmidt-Lamontain die Sa-

che angeht. Er meint, es sei eine Frage der Personalkapazitäten. Vieles was versäumt bzw. gedacht wurde im „Fußverkehr“ beispielsweise, müsse jetzt „repariert“ werden. Weiterhin fragt er, ob der zweite Termin des Workshops vom 4. September 2019 initiiert würde, der im II. Quartal 2020 geplant gewesen sei. Er appelliert, diesbezüglich kontinuierlich weiterzuarbeiten.

Aufgefallen sei **Frau Dr. Sawatzki** im Punkt 5 „Ausblick“ die Erarbeitung von kleinräumigen Konzepten und sie bittet darum, dass dies durchaus unter das „weitere Vorgehen“ fallen sollte. Mit den Stadtbezirken und Stadtbezirksbeiräten könnte durchaus ein solch sozialräumiges Konzept entstehen. Es wäre auch zu überlegen, dass dringliche Dinge unter Umständen auch durch ein Stadtbezirksbudget unterstützt werden könnten.

Herr Dr. Kempe sei froh, dass erst einmal ein Ansatz da ist, die Aufmerksamkeit für das Thema in der Breite gewachsen ist und ein entsprechendes Ergebnis in der Richtung vorliegt. Beim Fußverkehrskonzept spiele auch der Gesichtspunkt der Aufenthaltsqualität eine wichtige Rolle. Er wünscht sich, dass dieser Schritt konzeptionell mit angesprochen werde. Des Weiteren vermisst er eine Qualitätsbewertung des Vorhandenen, d. h. er möchte, dass der Gesichtspunkt der Qualität der Wege mit in den Fokus genommen wird. Er fragt, ob das bereits angedacht sei.

Das seien die Aspekte, die in der Fußverkehrsstrategie, die vorangestellt ist, angesprochen werden müssen, antwortet **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain**. Das Fußverkehrskonzept sei in die Teilkonzepte Fußverkehrsstrategie und Arbeitsprogramme aufgeteilt worden. Er bringt zum Ausdruck, dass selbstverständlich die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt momentan nicht besser geworden seien, um solche Themen zu bewegen. Die Budgets seien deutlich angespannter als die Jahre zuvor. In seinem Geschäftsbereich sehe es nicht rosig aus. Beim Fuß- und Radverkehr seien entsprechende Haushaltsansätze enthalten. Die Erwartungshaltung sollte nicht zu hochgesteckt werden. Derzeit gebe es sogar noch das Problem, dass es noch nicht einmal ein Planungsbudget im Stadtplanungsamt gebe. Zuversichtlich sei er bei der Stellenbesetzung der Leitung des Straßen- und Tiefbauamtes.

Frau Fiedler stört teilweise das lange Warten auf die Schaltung der Verkehrsampeln für Fußgänger und erläutert. Gerade bei gehbehinderten Fußgängern sollte dies mit berücksichtigt werden.

In nächster Zeit würde man da ein wenig Verbesserung erfahren, weil gerade sämtliche Lichtsignalanlagen umgerüstet werden, erörtert **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain**. Es sei bereits lange geplant gewesen, die Bedarfstaster abzuschaffen und die Corona-Pandemie wurde zum Anlass genommen, um dies durchzuziehen.

Herr Peine fragt, wie das Problem der Ablagerung von Müll jeglicher Art auf den Fußwegen behoben werden könne.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain schlägt vor, dazu die Bürgermeisterin für Umwelt und Kommunalwirtschaft einzuladen. Sie könne detailliertere Auskunft geben.

Ergänzen möchte **Herr Peine**, dass das Aufstellen von Hinweisschildern (Ablagerung von Müll ist eine Ordnungswidrigkeit) eine deutliche Abschwächung bringen könnte. Dieser Hinweis würde nur an den Containern stehen, teilweise verschmutzt bzw. nicht mehr lesbar.

Das sei ein schwieriges Thema und dass der Hinweis ausreicht, bezweifelt **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain**.

Herr Müßig weiß, dass es große Probleme in der Instandhaltung der Fußwege gebe, aber sein persönliches Problem seien die auf dem Fußweg fahrenden Radfahrer und berichtet über einen Vorfall.

Die Stimmung der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer untereinander sei in Dresden besonders schlecht, weiß **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain** aus verschiedenen Untersuchungen. Die Trennung der Infrastruktur sei eine der Grundsätze im Radverkehrskonzept. Es gibt mit jedem Verkehrsmittel, selbst Fußgänger, Vorfälle, das dürfe jedoch nicht pauschalisiert werden.

Herr Dr. Müller erlebte gerade in der Coronazeit, dass blinde Verkehrsteilnehmer ausgeschlossen seien, da die Akustiksignale nicht an allen Ampelanlagen automatisch funktionieren. Weiterhin bemerkt er, dass seit 2015 beim Thema Fußverkehr eine Menge passiert sei. Das Zusammenwirken des Fachamtes und den Stadtbezirksämtern sei sehr wichtig. Einige Probleme wurden seit Jahren immer wieder thematisiert, wie z. B. die akustischen Ampelanlagen am Kreuzungsbereich an der Karcher-Allee, Fußwege, Zebrastreifen, hier sei nie etwas passiert. Eine Fußwegeliste sei erstellt und dem Stadtbezirksbeirat übergeben worden und er hinterfragt, wie damit umgegangen wird.

Die Bedarfstaster an den Ampeln werden Stück für Stück umgestellt, entgegnet **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain** und es wird sicherlich noch dieses Jahr in Anspruch nehmen. Bei den akustischen Signalen geht er davon aus, dass diese mit umgestellt werden. Wenn dies nicht so wäre, sei es ein wichtiger Hinweis. Die Liste, das Gehwegeprogramm, würde alle zwei Jahre mit den Stadtbezirks- bzw. Ortsämtern entsprechend abgestimmt. Neu sei, dass die Stadtbezirke selbst ein Etat hätten und Gespräche geführt werden. Sozusagen gebe es hier einen Dialog, der regelmäßig stattfindet.

Herr Barth bringt zum Ausdruck, dass in der Geschäftsordnung der Stadtbezirksbeiräte geregelt sei, dass sie an der Entscheidung über die Sanierung von „kleinen“ Geh- und Fahrbahnen mitarbeiten. Genau die Wünsche, die aus den Stadtbezirksbeiräten kommen, tatsächlich auf der Prioritätenliste umgesetzt werden und ihre Mittel mit einsetzen können. Die große Herausforderung sei, dass es weniger eine Frage des Geldes, sondern mehr eine Frage des Personals ist.

Das sei genau richtig, äußert **Herr Schmidt-Lamontain**. Spannend sei der Punkt, dass die Planung bereits abgeschlossen sei, wenn die Mittel der Stadtbezirke bereitgestellt werden. Deshalb gebe es jetzt intensive Abstimmungen. Zu den Fußgängerüberwegen seien viele Anregungen eingegangen und das Prüfverfahren sehr aufwendig. Komme man zum Ergebnis, dass ein Fußweg an der Stelle nicht möglich sei, würden selbstverständlich Alternativen geprüft (z. B. Querungshilfe, Mittelinsel). Die erste Beschlusskontrolle sei dazu fertiggestellt worden.

Herrn Dr. Müller seien die Abläufe zu unkonkret. Die Anwohner müssten mit einbezogen werden.

Frau Böhmig hinterfragt, ob es Festlegungen über die Dauer der Grünphase für Fußgänger bei Ampeln gebe. Die Straßenbreite im Verhältnis zur Dauer der Grünphase sei zu berücksichtigen, viele Ältere würden beklagen, dass die Phase für die Fußgänger zu kurz geschaltet sei.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain meint, das sei nicht so und erläutert ausführlich die Zeit der Berechnung.

Herrn Mittag interessiere, ob nicht eine Durchflussregelung für alle Verkehrsteilnehmer möglich wäre.

Das wird in Zukunft sicherlich eine Rolle spielen, so **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain**.

Herr Eckoldt ergänzt zu den Ausführungen zur Grünphase für Fußgänger, dass das sicherlich den Fußgängern nicht bekannt sei. In vielen Städten würde das Problem so gelöst, dass diese Ampeln weiter blinken.

In Deutschland hätte das **Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain** noch nicht gesehen und er reicht die Antwort, ob dies überhaupt zulässig sei in Deutschland, schriftlich nach.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Rentsch** bedankt sich, wünscht Herrn Bürgermeister Schmidt-Lamontain alles Gute und beendet den Tagesordnungspunkt.

6 Gerontopsychiatrische Versorgung in der Landeshauptstadt Dresden

Abgesagt.

7 Einsamkeit im Alter - Herausforderung für die Kommune

Einsamkeit im Alter sei ein Problem, so **Frau Lohse, Sozialamt**. Sie betont, dass das Problem in der Selbstverantwortung eines älteren oder alten Menschen steht. Seniorenarbeit und Altenhilfe sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Politik, Zivilgesellschaft, Akteuren und Betroffenen, jedoch auch eine Querschnittsaufgabe, die für die Verwaltung steht. Kommunaler Auftrag sei, Rahmenbedingungen für die Teilhabe und die Stärkung der Fähigkeit zur Selbsthilfe. In Dresden wurden Rahmenbedingungen geschaffen, die Selbsthilfepotenziale aktivieren. Man sei noch nicht dort, wo man sein wolle, genau deswegen würde mit der Strukturentwicklung die Begegnung in Kombination mit der Gemeinwesenarbeit gestärkt. Es soll die sehr gute Infrastruktur weiterentwickelt werden. Die Begegnung und die Gemeinwesenarbeit mit derzeit 19 Standorten haben vielfältige Angebote, wie z. B. Bildung, Kultur, Bewegung, Gesundheitsförderung, Stärkung der Selbsthilfe, aber auch die Gemeinwesenarbeit. Das Sozialamt konzentrierte sich auf die Strukturentwicklung Begegnung und Beratung, die Selbsthilfe soll ein Bestandteil sein und sich entwickeln. Es sei geplant, die Seniorenbegegnung, noch mehr als in der Vergangenheit, zu Anlaufstellen auszubauen. Der Fachplan thematisiere genau auch das Erreichen der Zielgruppe. Die Perspektive sei tatsächlich, dort wo die Menschen leben, Hilfestrukturen/Hilfenetze aufzubauen. In Dresden besteht bereits ein ziemlich aktives Unterstützungsnetzwerk, z. B. aus den Quartiersassistenten, Alltagsbegleitern. Das müsse noch besser gelingen, damit darüber viel mehr ältere Menschen erreicht werden. Weiterhin informiert sie u. a. über die Informationsveranstaltungen rund um den 80. Geburtstag, Seniorentelefon, Informationsbroschüre „63 plus“ und die Steuerungsgruppe des Pflegenetzes am 3. Juli 2020.

Herr Dr. Ritter fragt, ob sich in Bezug auf die Quartiersassistenten etwas getan hätte oder die Lage immer noch kompliziert wäre.

Die Lage sei noch nicht zufriedenstellend, so **Frau Lohse, Sozialamt**. Die Schwierigkeiten, die dahinter stehen, seien bekannt. Momentan gebe es keine Zahlen, auf die man stolz sein könnte, zum Einsatz der Quartiersassistenten. Das würde auf jeden Fall mit den Trägern nochmals besprochen unter den neuen Rahmenbedingungen.

Frau Dr. Sawatzki bewegt die Frage, wer die einsamen Menschen betreut, die aus Mobilitätsgründen oder anderen gesundheitlichen, körperlichen Gründen nicht in der Lage sind, Angebote wahrzunehmen. Besonders jetzt während der Coronazeit sei dies akut geworden.

Beratung sei das kleinste Problem, äußert **Frau Lohse, Sozialamt**. Die überwiegende Anzahl der Beratungen würden auch in der Häuslichkeit derjenigen durchgeführt. Die Frage sei tatsächlich, ob es Menschen gibt, von denen das Sozialamt noch keine Kenntnis hätte, die die Angebote nutzen würden. Hier müssen tatsächlich gemeinsam Wege entwickelt werden, wie an diese Menschen „herangekommen“ werden könne. Der Mensch müsse natürlich selbst aktiv sowie motiviert werden, sich zu engagieren. Diese Aufgabe beschäftigt alle. Eine hohe Verantwortung sehe man in den Begegnungseinrichtungen, die gefordert werden.

Anschließen möchte **Frau Dr. Hauffe**, dass es natürlich viele Angebote gebe, aber es gibt Menschen, die kontaktarm und nicht aktiv seien, da helfe der beste Aufruf nichts. Sie hofft auf Quartiersassistenten, obwohl es sicher schwierig sei, geeignete Personen zu finden. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln müsste es möglich sein, Personen einzusetzen, die ganz bewusst, gezielt geschult werden, auf einsame Menschen zuzugehen.

Frau Böhmig hätte gelesen, dass in den Niederlanden ein System aufgebaut worden sei, dass ältere Menschen systematisch besucht und persönliche Gespräche geführt werden. Sie wünschte sich das auch. Positiv hinzufügen möchte sie, dass sie während der Coronazeit persönlich viele Angebote erhalten hätte, zu helfen.

Herr Mittag hinterfragt, ob eine Übersicht vorhanden sei, welche Personen es betrifft.

Es gibt keinen Zugang zu Daten, erläutert **Frau Lohse, Sozialamt**.

Der Datenschutz sei eine Hinderung bei der Seniorenbetreuung, meint **Herr Mittag**.

Der 80. Geburtstag sei das erste Mal, dass die Ortschafts- bzw. Stadtbezirksleitung eine Karte verschicken, dass dürfe genutzt werden, um Einladungen mit beizufügen, teilt **Frau Lohse, Sozialamt**, mit. Sie könne tatsächlich sagen, es behindert die Erreichbarkeit der Menschen.

So könne man die Diskussion - es gebe genügend Angebote, man könne nur die Menschen nicht erreichen - nicht stehen lassen, meint **Herr Dr. Müller**. Es sollte überlegt werden, wie hier ein Umfeld geschaffen werden könne, welches ermutigt, dass sich die Menschen selbst beteiligen. Einsamkeit sei generell ein gesellschaftliches Problem. Erwartet hätte er ein wirkliches Bild über die Situation.

Herr Schäfer bringt zum Ausdruck, dass der Aspekt nur noch einmal aufgenommen werden könne. Es gebe keine andere Perspektive, wo auf Zahlen zurückgegriffen werden könne. Der Datenschutz hätte eine Logik, sei aber sehr kompliziert. Er sagt zu, nochmals zu prüfen, ob eine andere Datengrundlage möglich sei.

Herr Rentsch schlägt vor, dass Thema am 9. November 2020 in der Sitzung nochmals aufzurufen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und der Tagesordnungspunkt wird beendet.

8 Informationen/Sonstiges

Herr Rentsch informiert über das Schreiben „Leitfaden für die Arbeit des Beirates“.

Frau Fiedler fragt, wer bei Dienstreisen Ansprechpartner der Verwaltung sei.

Frau Hennig, nicht mehr Herr Gey, antwortet Herr Rentsch.

Weiterhin teilt **Herr Rentsch** mit, dass die im März 2020 ausgefallene Sitzung am Dienstag, den 30. Juni 2020 nachgeholt werden soll. Er informiert über eventuell zu behandelnde Themen, wie z. B. den Kulturentwicklungsplan sowie Vorstellung der Ergebnisse der Enquete-Kommission des Dresdner Landtages.

Herr Dr. Müller regt an, einen Vortrag zu „Buurtzorg – Nachbarschaftspflege in Holland“ anzuhören und dazu Frau Dr. Fiedler einzuladen, die Kontaktdaten würde er Herrn Rentsch zusenden.

Unterstützen möchte das **Frau Dr. Sawatzki** und des Weiteren sollten die Forderungen vom Runden Tisch der Senioren kurz vorgestellt werden. Mit der Seniorenbeauftragten sei bereits ein Konzept für die Stadt Dresden entwickelt worden und das Modell „Buurtzorg“ würde hier gut passen.

Zur Kritik von Herrn Peine, dass seine Vorschläge nie berücksichtigt worden seien, sagt **Herr Rentsch**, dass nicht alle Berücksichtigung finden können. Er bittet darum, bis zum 30. Juni 2020 Themenvorschläge für den Arbeitsplan des Seniorenbeirates 2021 zu benennen und an ihn zu senden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die Sitzung wird geschlossen.

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Gabriele Lohse
Mitglied

Eberhard Mittag
Mitglied